
Urteil des Berliner Stadtgerichts

Oberstleutnant Rudolf Gutsche, damals Leiter der für Beobachtung und Ermittlungen zuständigen MfS-Abteilung VIII, wurde bei Demonstrationen am 17. Juni angegriffen. An dem Angriff waren zwei junge Ost-Berliner Hilfsarbeiter maßgeblich beteiligt. Später gelang es der Stasi, sie zu identifizieren und zu verhaften. Im Prozess wurden sie zu langen Haftstrafen verurteilt.

Oberstleutnant Rudolf Gutsche, damals Leiter der für Beobachtung und Ermittlungen zuständigen MfS-Abteilung VIII, wurde bei Demonstrationen am 17. Juni angegriffen. Am späten Vormittag des 17. Juni war Gutsche mit einem anderen MfS-Offizier in seinem weinroten BMW am Alexanderplatz unterwegs, einem der Zentren des Aufstandes. Dort gab es zu diesem Zeitpunkt große Ansammlungen aufgebrachter Demonstranten. Unmittelbar nach der Einmündung zur Rathausstraße rammte ein LKW den MfS-Dienstwagen und brachte ihn so zum Stehen. Der Fahrer des LKW hatte den BMW am Nummernschild als Regierungsfahrzeug erkannt und absichtlich aufs Korn genommen.

Herbeigeeilte Demonstranten schlugen die Scheiben des Wagens ein, zerrten den Fahrer heraus und verprügelten ihn. Auch der im Wagen verbliebene Beifahrer, wahrscheinlich Gutsche, wurde geschlagen. Die beiden Stasi-Offiziere versuchten, sich mit ihren Dienstwaffen zu verteidigen, einer der beiden gab einen Schuss ab. Das versetzte die Aufständischen erst recht in Wut. Sie überwältigten Gutsche und seinen Begleiter, nahmen ihnen die Waffen ab und prügelten nun noch stärker auf sie ein. Am Ende stürzten einige Demonstranten das Auto um und zündeten es an.

An dem Angriff waren zwei junge Ost-Berliner Hilfsarbeiter maßgeblich beteiligt. Später gelang es der Stasi, sie zu identifizieren und zu verhaften. Nach Erkenntnissen der Geheimpolizei suchten sie regelmäßig ein West-Berliner Vereinslokal des westdeutschen Bundes Deutscher Jugend (BDJ) auf, in dem sie auch Mitglied gewesen sein sollen. In der Vernehmung durch die Stasi gab später einer der beiden Hilfsarbeiter zu Protokoll, von der Organisation zu seinen Taten angestiftet worden zu sein.

In dem vorliegenden Prozessbericht betonte auch der Staatsanwalt zwar später in seinem Prozessbericht, dass die beiden keine "ausgekochten und rücksichtslosen Gegner unserer Ordnung" seien. Sie seien vielmehr "haltlose und abenteuerlustige Vagabunden, die aus ihrer unfreundlichen Umgebung zu flüchten suchten und für den Gegner ein willfähiges Werkzeug wurden". Das hinderte den Ankläger jedoch nicht daran, für die Jugendlichen hohe Zuchthausstrafen zu fordern.

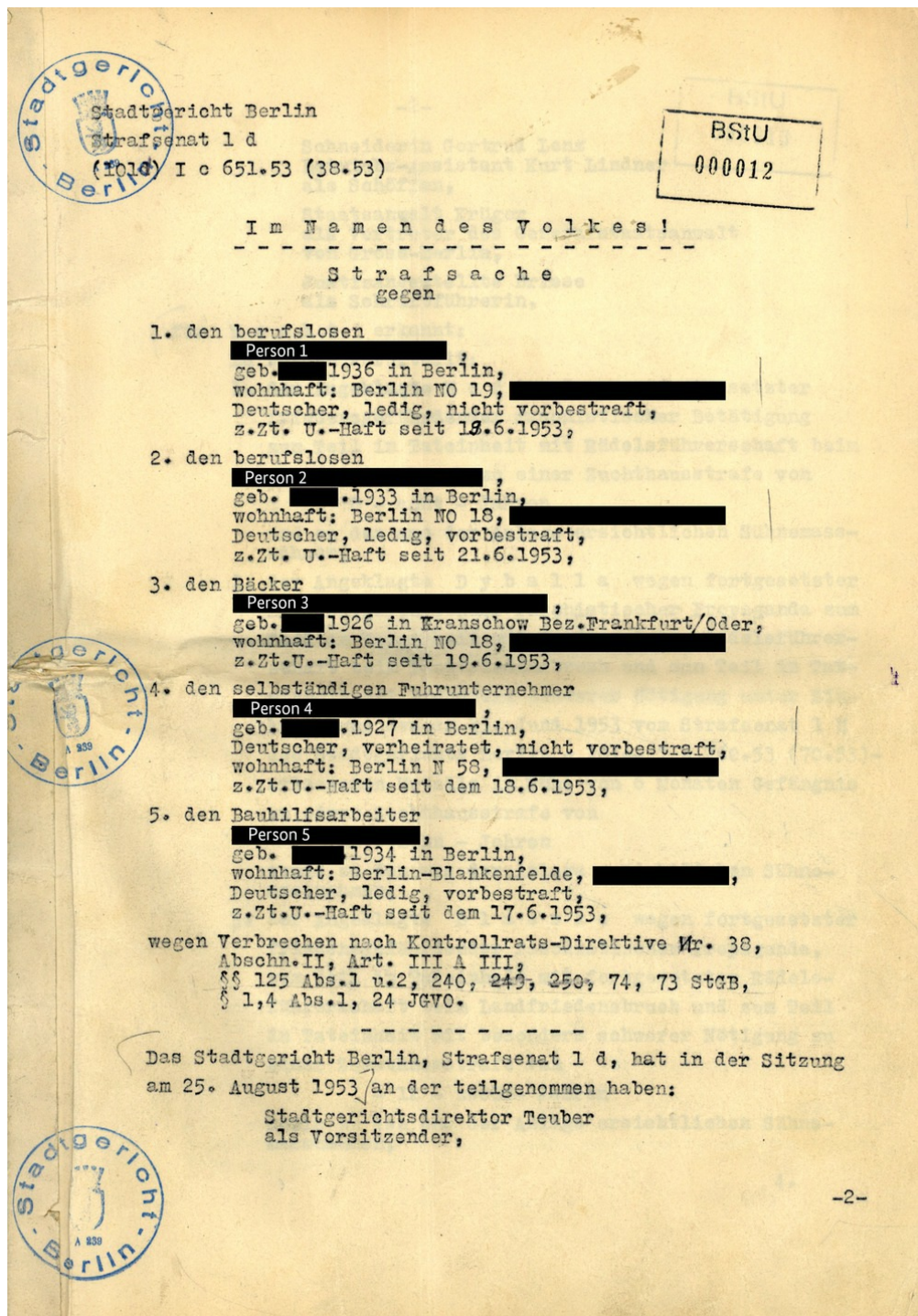
Signatur: BArch, MfS, AU, Nr. 487/53, Bd. 16, Bl. 12-32

Metadaten

Diensteinheit: Stadtgericht Berlin
Rechte: BStU

Datum: 25.8.1953
Überlieferungsform: Dokument

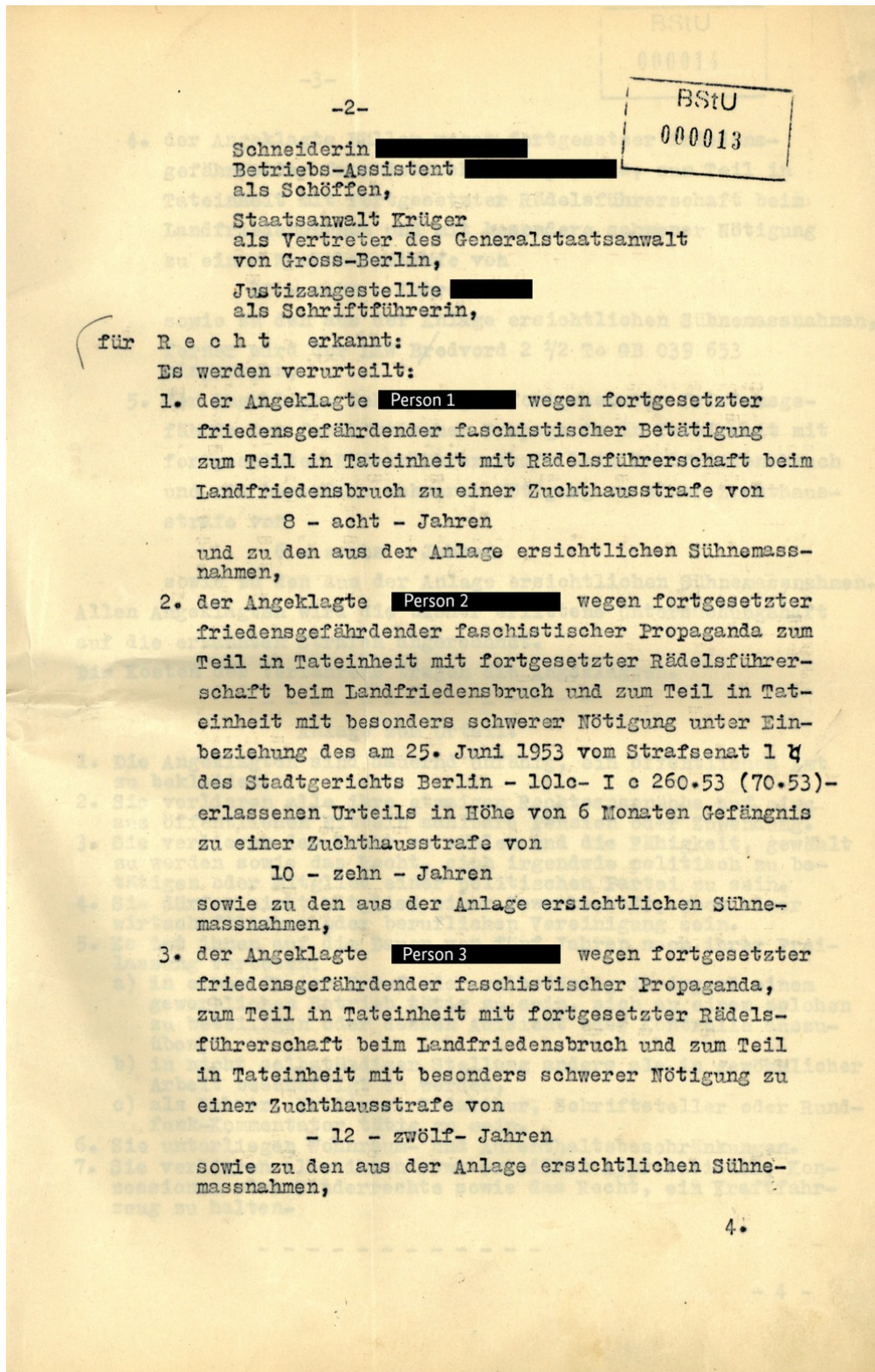
Urteil des Berliner Stadtgerichts



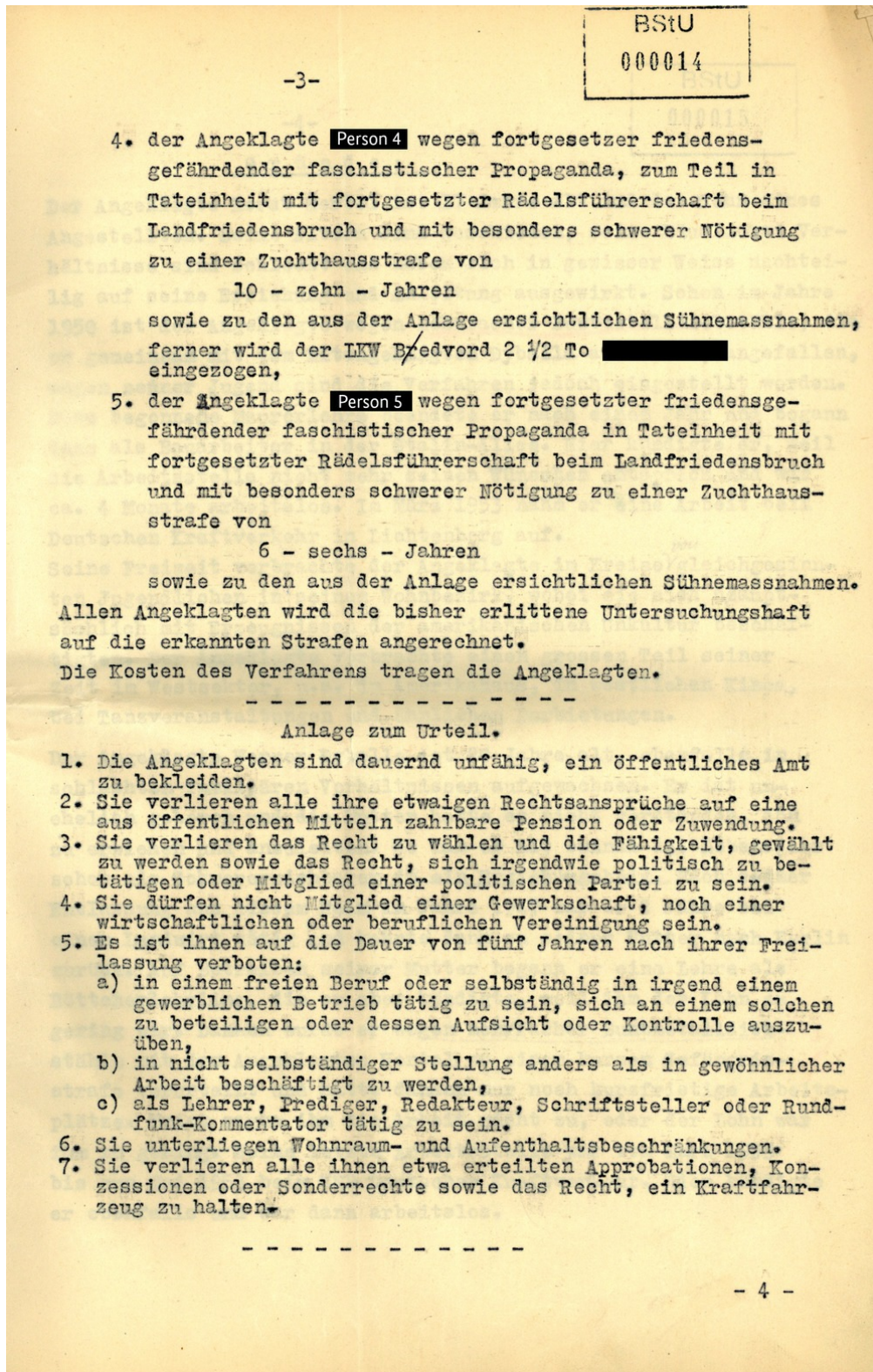
Signatur: BAArch, MfS, AU, Nr. 487/53, Bd. 16, Bl. 12-32

Blatt 12

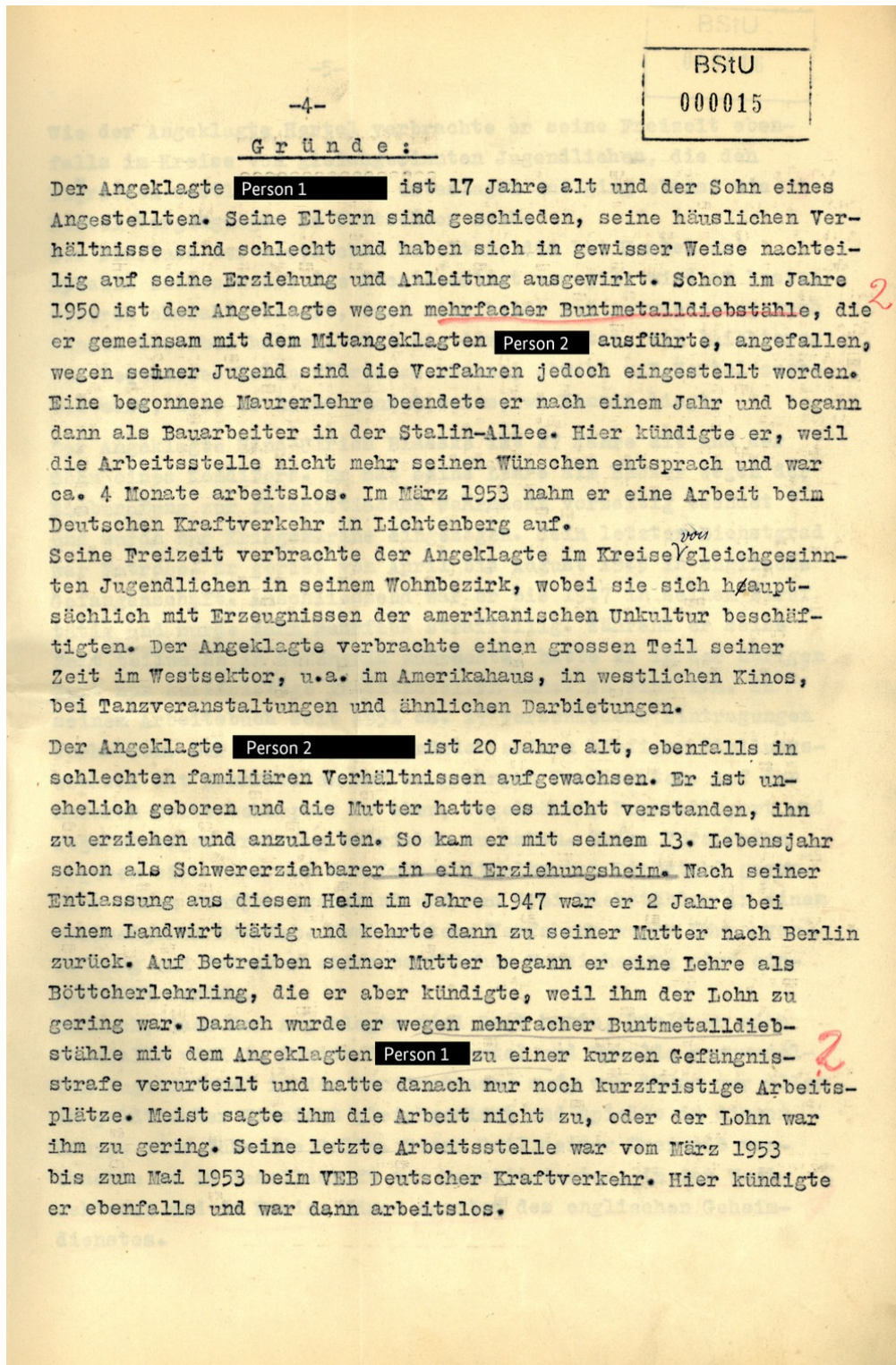
Urteil des Berliner Stadtgerichts



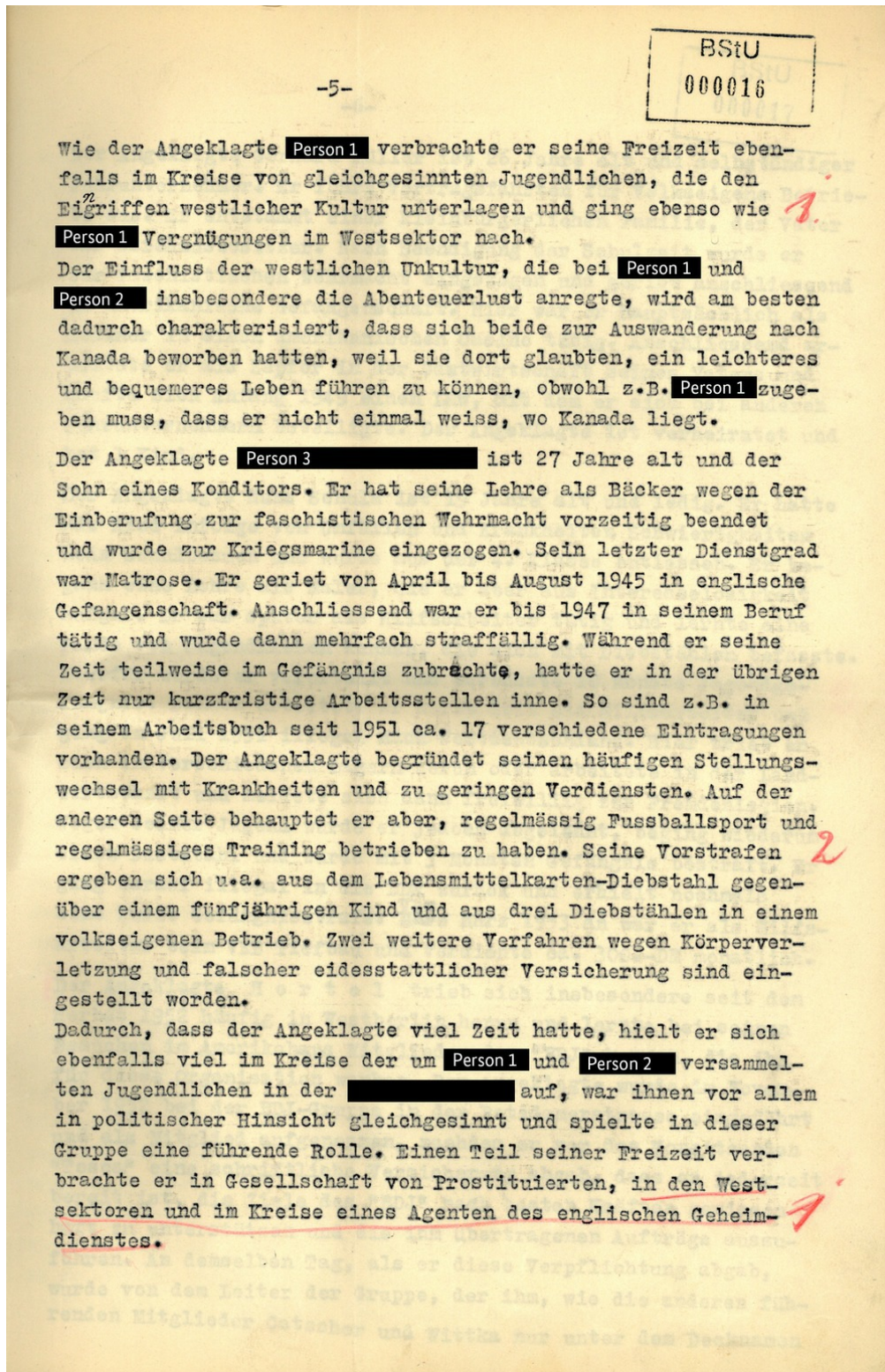
Urteil des Berliner Stadtgerichts



Urteil des Berliner Stadtgerichts



Urteil des Berliner Stadtgerichts



Urteil des Berliner Stadtgerichts

-6-

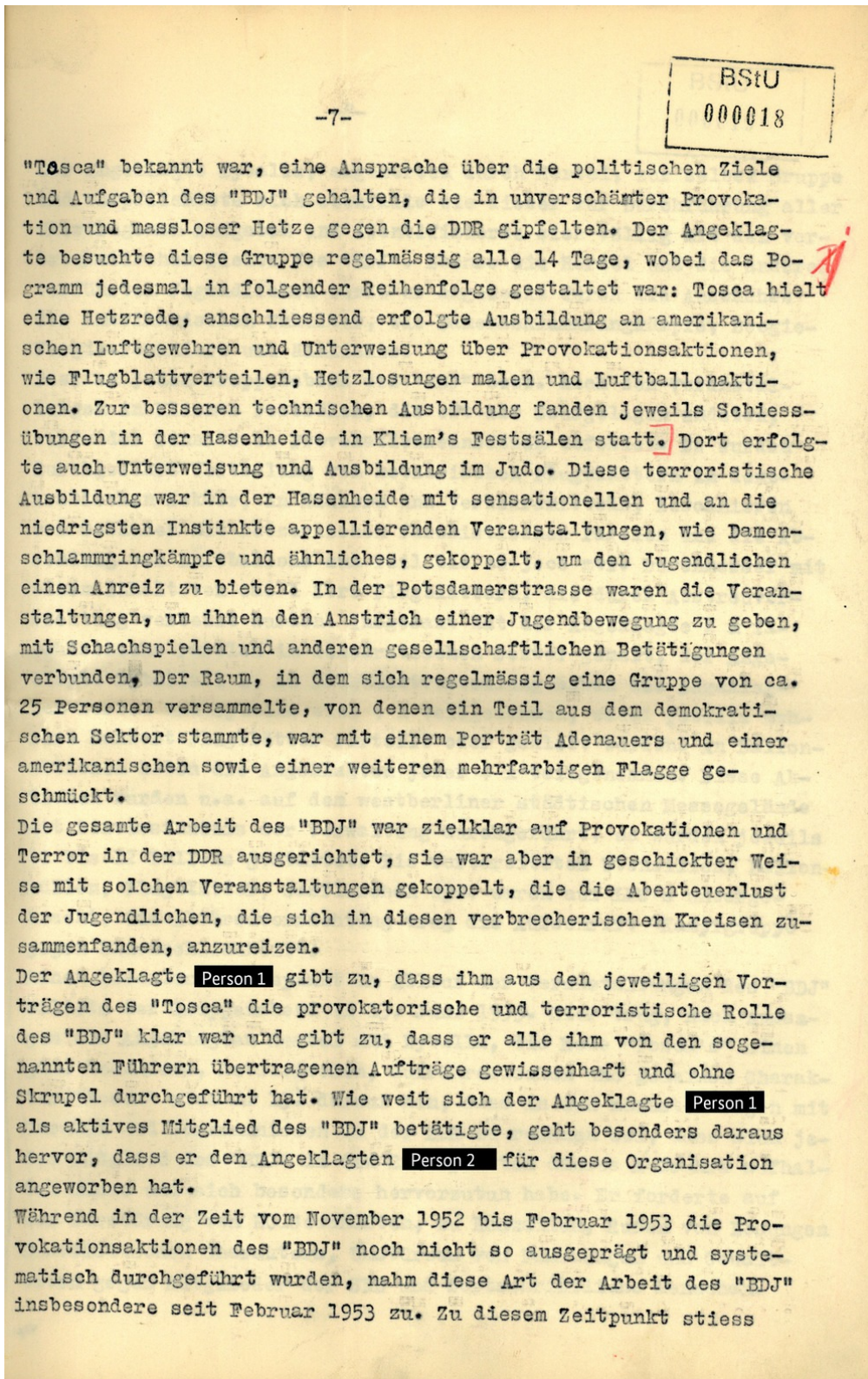
BStU
000017

Der Angeklagte Person 4 ist 26 Jahre alt und selbständiger Fuhrunternehmer. Er führt Vertragsfahrten für Volkseigene Betriebe aus. Er entstammt einer kleinbürgerlichen Familie, der Vater war Caféhausbesitzer. Nach Beendigung der Schulzeit wurde er zur faschistischen Wehrmacht eingezogen und geriet anschliessend in amerikanische Gefangenschaft. Hier war er hauptsächlich als Kellner in einem amerikanischen Casino tätig. Anschliessend arbeitete er als Zapfer in der Gastwirtschaft seines Vaters und kaufte sich Anfang 1949 einen LKW, mit dem er sich bei anderen Fuhrunternehmern beteiligte. Der Angeklagte ist verheiratet und hat 1 Kind.

Der Angeklagte Person 5 ist 19 Jahre alt und ledig. Er hatte als Kind infolge von Unfällen und Krankheiten Schwierigkeiten beim Schulbesuch und wurde aus der 4. Klasse entlassen. Er begann eine Lehre als Maler, die er aber aus Interesslosigkeit aufgab. Er war später als Hilfsarbeiter tätig und lernte eine Bande von Jugendlichen kennen, die sich mit Diebstählen befassete. Hierfür wurde er verurteilt und verbüsste 18 Monate Jugendgefängnis. Danach arbeitete er kurze Zeit als Hilfsarbeiter und ging im Juli 1951 illegal nach Westdeutschland. Hier trieb er sich in verschiedenen Lagern herum oder arbeitete in der Landwirtschaft und meldete sich dann freiwillig zur Fremdenlegion. Wegen seiner Jugend wurde er jedoch abgelehnt, beging wiederum einen Diebstahl und wurde mit 3 Monaten Gefängnis bestraft. Er ging darauf illegal in die DDR zurück und erhielt nochmals eine kurze Gefängnisstrafe. Vom März 1953 an war er als Hilfsarbeiter beim VEB Tiefbau und verdiente ca. 300.-DM monatlich.

Der Angeklagte Person 1 trieb sich insbesondere seit dem Herbst 1952 häufig in Westberlin herum und lernte bei seinen Besuchen im Amerikahaus Mitglieder des "BDJ" kennen, die ihn für diese Organisation warben. Der Angeklagte wurde im November 1952 bei der BDJ-Gruppe in der Potsdamerstrasse eingeführt und als Mitglied aufgenommen, nachdem er vor dem Vorsitzenden "Tosca" eine schriftliche Versicherung abgab, dass er jederzeit bereit ist, die Ziele des "BDJ" nach besten Kräften gewissenhaft zu unterstützen und die ihm übertragenen Aufträge auszuführen. An demselben Tag, als er diese Verpflichtung abgab, wurde von dem Leiter der Gruppe, der ihm, wie die anderen führenden Mitglieder Gatscher und Wittka nur unter dem Decknamen

Urteil des Berliner Stadtgerichts



Urteil des Berliner Stadtgerichts

-8-

BStU
000019

der Angeklagte **Person 2**, angeworben durch **Person 1**, zur selben Gruppe und verpflichtete sich ebenfalls wie dieser zur Durchführung aller übertragenen Aufgaben und identifizierte sich völlig mit den verbrechetischen Zielen des "BDJ". Ebenso wie **Person 1** und die anderen verführten Jugendlichen wurde er angelockt durch die Auswüchse der amerikanischen Unkultur, wie Damenschlammringkämpfe, Boogie-Woogie-Tourniere und Ähnliches.

Fast an jedem Gruppenabend des "BDJ" bzw. nach den Veranstaltungen in Kliem's Festsälen, die oft mit Saufgelagen endeten, wurde der Einsatz zu Provokationseinsätzen befohlen. Es wurden durchgeführt Verteilung von hetzerischen Flugblättern im demokratischen Sektor, in Häusern und Verkehrsmitteln, Beschmieren von Gebäuden mit hetzerischen faschistischen Parolen und die Absendung von Luftballons zum Teil bis zu 3.00 mtr. Durchmesser mit einem Inhalt von ca. 1 Ztr. Flugblättern, die durch Abstreuvorrichtung verteilt wurden. Insgesamt hat der Angeklagte 2 x faschistische Parolen im demokratischen Sektor gemalt, der Angeklagte **Person 2** 1 x. An Flugblattverteilung haben die Angeklagten **Person 1** und **Person 2** etwa 4 x teilgenommen, wobei jeweils mehrere hundert Flugblätter verteilt oder geklebt wurden. An Ballonaktionen haben die Angeklagten jeder 4 x teilgenommen. Diese Aktionen wurden u.a. auf dem westberliner städtischen Messegelände mit Einverständnis der Verwaltung durchgeführt, es wurden jeweils 10 bis 12 Ballons gestartet. Die vorbereiteten Utensilien, Ballonhüllen, Flugblätter, Gasflaschen usw. waren auf LKW's untergebracht, die Abstreuvorrichtung trug die Aufschrift "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit".

Einen besonderen Höhepunkt im Ablauf der Veranstaltungen des "BDJ" bildete der Gruppenabend am 13. Juni 1953. Hier trug, nach Aussagen der Angeklagten **Person 1** und **Person 2** die Rede "Tosca's" einen ganz besonders, hetzerischen, auführerischen und gemeinen Charakter. "Tosca" wies am 13. darauf hin, dass in den nächsten Tagen mit Unruhen und Vorkommnissen in der DDR zu rechnen sei, dass sich jedes Mitglied des "BDJ" in den Brennpunkten dieses Aufruhrs aufhalten müsse und sich besonders hervorzutun habe. Er forderte auf zur Zerstörung von HO-Geschäften, zu Krawallen, Rufen von Losungen faschistischen Charakters, Umstürzen von Fahrzeugen und Gewalttaten gegen Mitglieder der SED und fortschrittliche Menschen.

Urteil des Berliner Stadtgerichts

-9-

BSTU
000020

Am selben Abend organisierte "Tosca" Malkolonnen, die im demokratischen Sektor faschistische Hetzlosungen anzubringen hatten, deren Wortlaut von ihm angegeben, sich genau mit denen deckte, die am 16. und 17. vom Rias verbreitet und von faschistischen Agenten und Provokateuren in die DDR und in den demokratischen Sektor hineingetragen wurden, wie z.B. "Nieder mit der Volksarmee, wir brauchen mehr Butter" oder "Die HO macht uns k o ". An dieser Aktion nahmen, wie bereits aufgeführt, Person 1 und Person 2 teil.

Am 16. Juni versammelte sich in der [redacted] vor dem Frauengefängnis eine Menge Randalierender und Aufgehetzter, die zur Freilassung der Gefangenen und zum Sturz der Regierung aufforderten. Hier reihten sich sofort Person 1 und Person 2 ein, weil ihnen im Verlaufe der Aktion klar wurde, dass es sich hier bereits um die ersten Anzeichen der angekündigten Unruhen handelte und schrieen ebenfalls die ihnen bereits bekannten Hetzlosungen mit.

Am 17. Juni gegen 10.00 Uhr begaben sich die Angeklagten Person 1 und Person 2 gemeinsam mit dem Angeklagten Person 3 zum Alexanderplatz, da sie gehört hatten, dass weitere Unruhen erfolgten, um getreu ihrem Auftrage, in einem der Brennpunkte der Unruhen tätig zu werden.

Der Angeklagte Person 3 gesellte sich dazu, weil er denselben Drang in sich verspürte, sich aktiv bei diesen Vorfällen zu beteiligen. Er war nämlich am 9. Juni durch eine Prostituierte -Werkmeister- nach Westberlin eingeladen worden und nach einem Zechgelage, das sich über mehrere Tage in der Wohnung eines Agenten des englischen Geheimdienstes [redacted] hinzog, von diesem für Agenten- und Spionagetätigkeit angeworben worden. Der Angeklagte gibt zu, infolge versprochener Westmarkbelohnungen sich zur Mitarbeit für den englischen Geheimdienst bereit erklärt zu haben, will aber keine Aufträge ausgeführt haben. Fest steht aber, dass dieser Agent, von dem der Angeklagte Person 3 sich erst eingehend vergewissert hatte, dass er wirklich für den Secret Service arbeitet, am 15. in der Wohnung aufgesucht wurde, wobei sich der Angeklagte aber nicht hat sprechen lassen. Fest steht weiterhin, dass der Angeklagte Person 3 diesen Agenten, von dem er erst behauptet, dass es

Urteil des Berliner Stadtgerichts

-10-

BSU
000021

sich um einen "Flüchtling" aus dem demokratischen Sektor handelt, der wegen verschiedener Delikte gesucht wird, während der Unruhen am 17.6. als einen Provokateur und Aufhetzer auf dem Alexanderplatz gesehen hat.

Die Angeklagten Person 1, Person 2 und Person 3 hatten aus ihrer gemeinsamen Bekanntschaft sich gegenseitig vergewissert, dass sie eine gegnerische Einstellung zur DDR hatten und sich soweit vertraut, dass sie wussten, dass sie bereits Provokationen durchgeführt hatten. Sie fühlten sich also in keiner Weise bei irgendwelchen Aktionen untereinander behindert, sondern wussten sich eins und waren sich klar, dass sich einer auf den anderen verlassen konnte. Ihre nun folgenden Einsätze und Gewalttaten entsprangen aus ihrem gemeinsamen Wunsch, zu provozieren und putschistische Gewalthandlungen durchzuführen. Die erste Gelegenheit hierzu wurde ihnen am Alexanderplatz, wo sie bereits in Diskussionen republikfeindliche Auffassungen vertraten, gegeben.

Hier hatte der Angeklagte Person 4, der ebenfalls durch einen Agenten und zwar von der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" angeworben worden war, eine Provokationstat durchgeführt, die der Anlass zu einem schweren Gewaltverbrechen wurde, an dem sich alle Angeklagten mehr oder minder beteiligten.

Der Angeklagte Person 4 war nämlich am 15. Juni anlässlich des Betretens des Westsektors von einem Agenten der Tillich-Hildebrandt-Gruppe angesprochen worden, der, nachdem er sich einer negativen Einstellung Person 4's vergewissert hatte, ihn aufforderte, sich an Unruhen im demokratischen Sektor zu beteiligen und ihn darauf aufmerksam machte, dass es in den nächsten Tagen losgehen würde. Der Angeklagte Person 4 will zwar keine Zusage gegeben haben, gibt aber zu, dass er einen weiteren Treff zum 17. Juni vereinbart hatte und gibt zu, dass er sich die Nummer des von ihm mit Absicht geramten PKW zum Zwecke des Beweises seiner provokatorischen Tätigkeit für diesen Agenten notiert hat.

Der Angeklagte Person 4 war, nachdem er am Morgen auf seiner Baustelle die Arbeit nicht aufnahm, mit mehreren Zimmerleuten, die er an einer Baustelle einlud, zu den einzelnen Brennpunkten der Unruhen, so z.B. am Potsdamer Platz, wo es bereits brannte, gegangen und fuhr dann in seinem IKW mit ihnen zum Strausberger Platz, der vom Rias als Treffpunkt für die Unruhen angegeben

Urteil des Berliner Stadtgerichts

-11-

BStU
000022

worden war. Da es hier ruhig war, fuhr er zum Alexanderplatz und sah vor sich einen BMW GB 009 783, den er an der Nummer als ein Regierungsfahrzeug erkannte. Als dieser BMW seine Fahrt wegen der bereits versammelten Provokateure verlangsamen musste, erhielt er durch das Klopfen auf das Führerhaus von den Zimmerleuten ein Signal, das der Zeuge [REDACTED] im Steuerhaus hörte. Der Angeklagte Person 4 ramnte dieses Fahrzeug, wie er sagt, mit Absicht, weil es ein Regierungsfahrzeug war. In demselben Moment schlugen die auf dem Fahrzeug befindlichen Zimmerleute mit Brettern das Dach und die Scheiben des durch das Rammen zum Halten gebrachten Fahrzeugs ein. Es ist nicht einwandfrei geklärt, ob diese Provokationstat einverständlich mit Person 4 von den Zimmerleuten erfolgte, ist aber insofern unerheblich als es in der vollen Absicht des Angeklagten Person 4 lag, dieses Regierungsfahrzeug zu rammen. Sofort danach verliess Person 4 das Fahrzeug und stürzte sich auf einen der Insassen, der bereits von anderen aus dem Fahrzeug gezogen worden war, schlug auf ihn ein und trat ihn mit den Füßen. Beim Beginn dieser brutalen Misshandlungen löste sich ein Schuss. Das war das Signal für sofortige weitere Gewalttätigkeiten von Seiten aller dort versammelten Provokateure. Während Person 4 sich später noch auf den zweiten aus dem Wagen gezerrten Insassen stürzte und ihn schlug und trat, betätigten sich die Angeklagten Person 3, Person 2 und Person 1 zunächst durch Schreien und Hetzen an diesem Gewaltakt. Dem Angeklagten Person 3 und Person 2 gelang es, das Fahrzeug, das von einer dichten Menge umringt war, ebenfalls zu erreichen und beide, Person 3 sowie Person 2, schlugen mit auf die beiden Insassen ein. Besonders brutal benahm sich hier ausser Person 4 auch der Angeklagte Person 3, der seine Hände derart mit Blut verschmiert hatte, dass er später ausserte, ich sehe aus wie ein Schlächter. Die Angeklagten Person 3 und Person 2 stürzten das Fahrzeug mit um, um es vollständig zu zerstören. Der noch im Innern des Wagens befindliche Beifahrer wurde durch einsteigende Provokateure bedroht. Hier zeichnete sich besonders der Angeklagte Person 5 aus. Der Angeklagte Person 5, der am Vormittag seine Baustelle aufsuchte, begab sich mit anderen von Weissensee aus ebenfalls

Urteil des Berliner Stadtgerichts

-12-

BSIU
000023

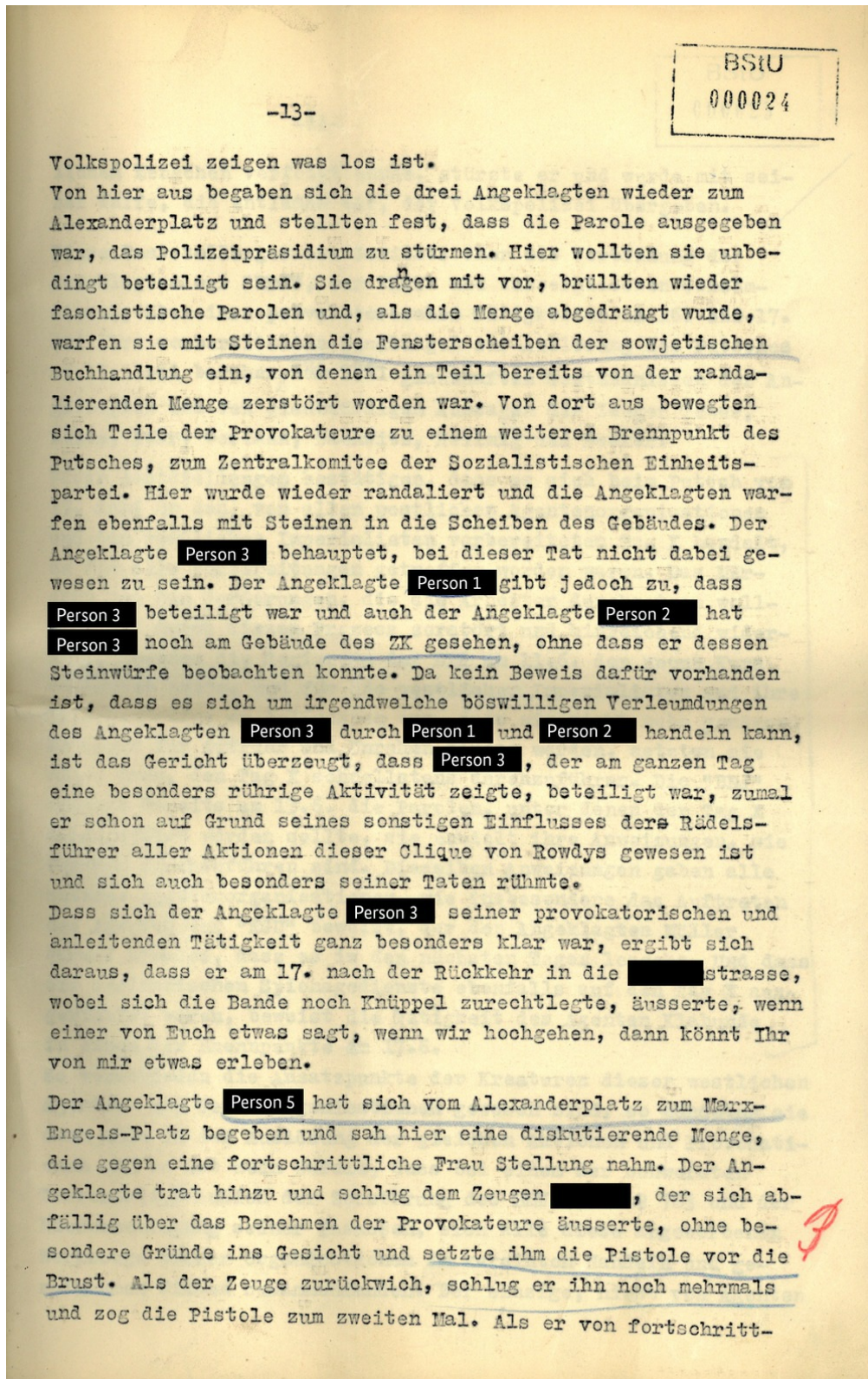
in das Innere der Stadt und begann seine Provokation schon in der Greifswalderstrasse, als er hinter einem Fabrikgitter befindliche Volkspolizisten schlagen wollte, weil, wie er sagt, er auf alle Polizisten eine Wut hat. Da er hörte, dass am Alexanderplatz ein Schuss gefallen war, stürzte er sich mit auf den geramten PKW und in das Innere des Wagens und entwand dem Insassen die Pistole. Diese wurde ihm zwar von Westberlinern draussen wieder entrissen, von denen einer auch das Magazin entfernte. Der Angeklagte entfernte noch den im Lauf befindlichen Schuss.

Während das Zerstörungswerk am Fahrzeug beendet wurde, zogen sich die an der Provokation beteiligten Angeklagten Person 2, Person 3 und Person 1 nach der [redacted] strasse zurück, weil Person 3 *die Spinn* seiner Gewalttaten entfernen musste. Der Angeklagte Person 4 verfolgte unterdes noch den Beifahrer des Wagens und verlangte frecherweise von ihm Angaben, weil er behaupten wollte, dass der BMW den LKW gerammt hat und die Kosten tragen müsse. Nachdem sich Person 4 zum Beweise seiner Tat die Nummer des PKW notiert hatte, entfernte er sich.

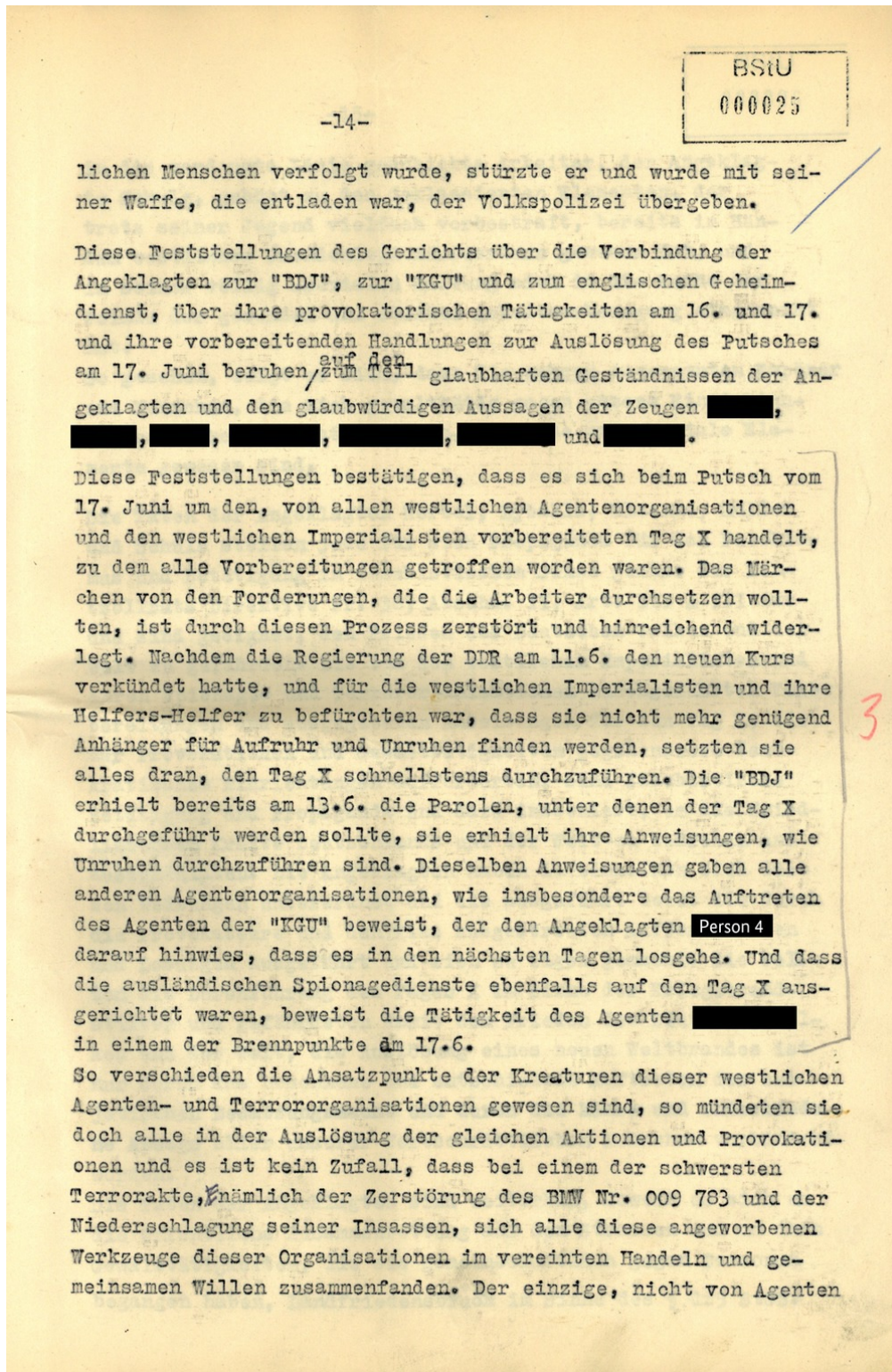
Der Angeklagte Person 3 hatte sich unterdes vom Blut gesäubert und kam aus seiner Wohnung und äusserte zu seinen Kumpanen, nun kann es wieder losgehen. Er hatte sich zur besseren Durchführung seiner Taten noch ältere Kleidung angezogen.

Gemeinsam zogen die Angeklagten Person 3, Person 2 und Person 1 wieder zum Alexanderplatz, wobei sie jede Gelegenheit zum Brüllen von faschistischen Parolen ausnutzten sowie sich an weiteren Aktionen beteiligten. Von weitem sahen sie, dass an der Ecke Lenin-Allee Ecke Stalin-Allee ein PKW Skoda umgestürzt worden war und dass dort ebenfalls eine Schlägerei stattfand. Es gelang ihnen nicht bis zum Kern der Schlägerei vorzudringen, trotzdem schlug der Angeklagte Person 1 in provokatorischer Weise auf einen Menschen ein. Da sich eine ältere Passantin gegen diese Gewalttaten wendete und ihre Abscheu zum Ausdruck brachte, brüllte sie der Angeklagte Person 3 an und als sie weiterhin ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck brachte, schlug er diese ältere Frau ins Gesicht und jagte sie weg. Bei dieser Gelegenheit äusserte er noch, als ein Flugzeug zu hören war und jemand sagte, das sind die Amis, die fotografieren, die sollen uns lieber eine Kiste Waffen abwerfen, dann werden wir der

Urteil des Berliner Stadtgerichts



Urteil des Berliner Stadtgerichts



Urteil des Berliner Stadtgerichts

-15-

BStU

000026

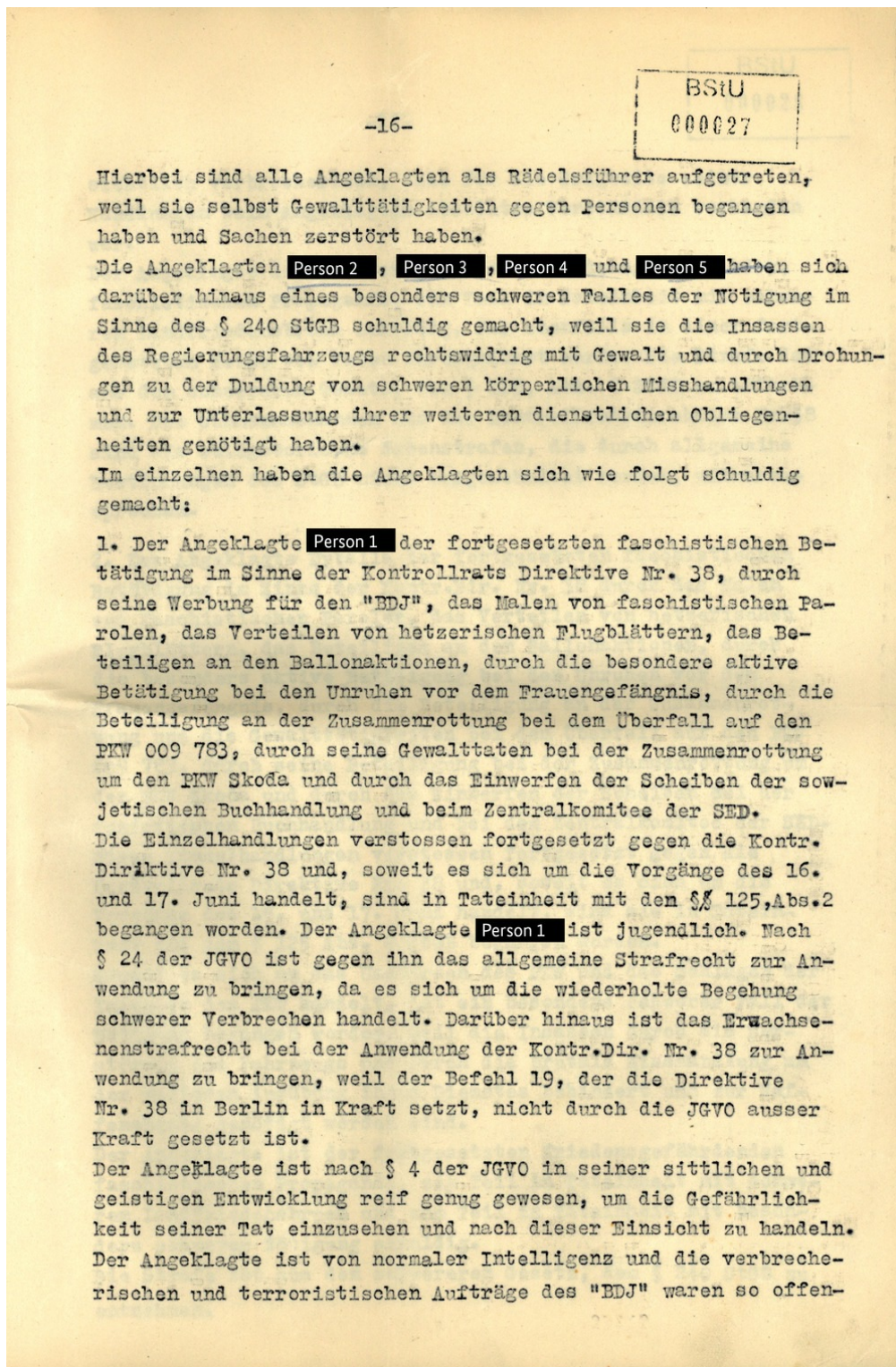
in die vorderste Linie geschickte Arbeiter, der Angeklagte **Person 5**, gehört zu den deklassierten Elementen, der trotz seiner Jugend vielfach vorbestraft, bereits in Händen westlicher Fremdenlegionärswerbbern gewesen ist, und in seiner völlig asozialen Haltung sich in die Reihe der Feinde der gesunden und starken Arbeiterbewegung eingereiht hat.

So gesehen, zeigt es sich, dass die wahren sogenannten Empörer und Menschen, die sich gewalttätig gegen unsere Einrichtungen und unseren Staat wendeten, gekaufte und asoziale Elemente gewesen sind.

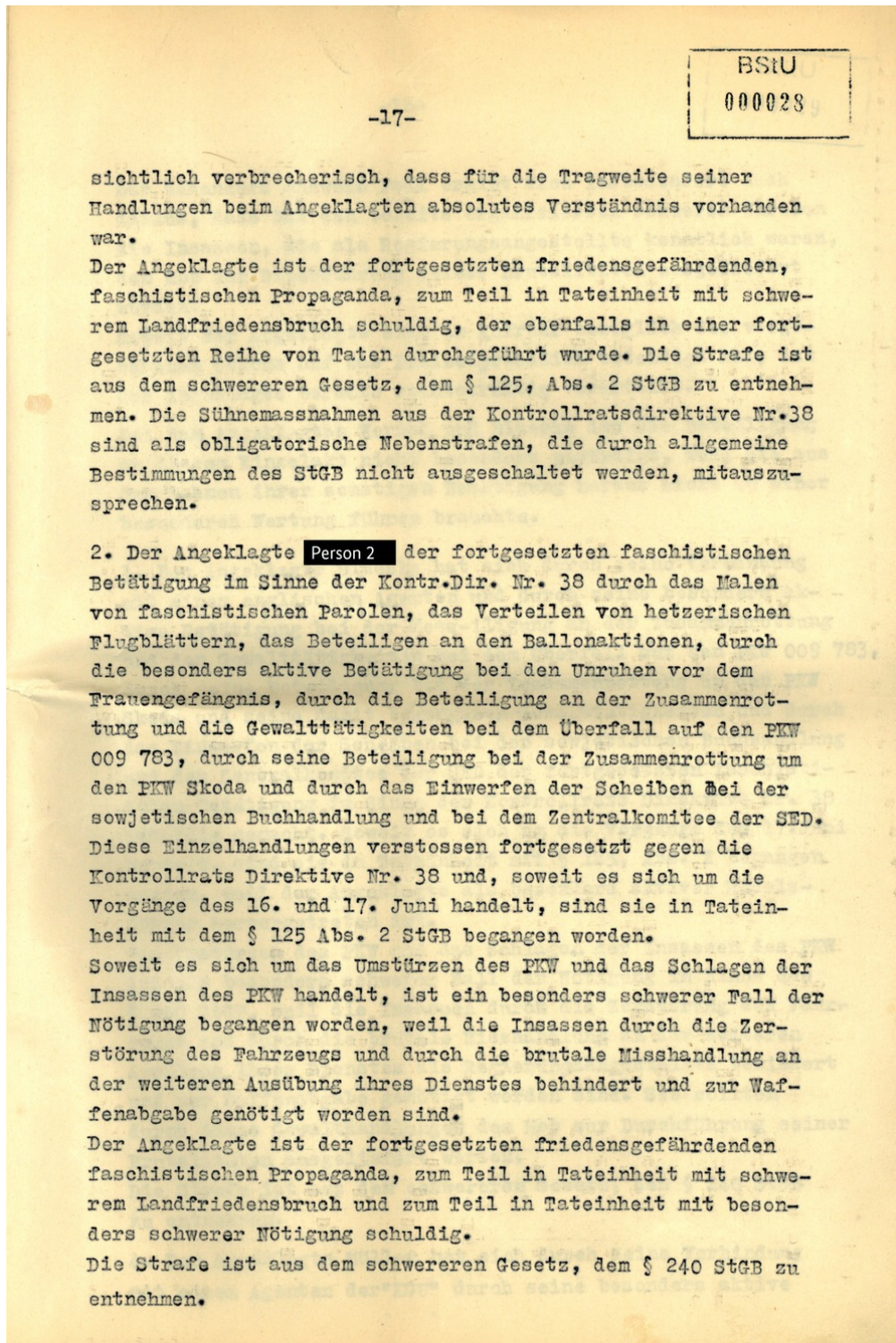
Die Taten der Angeklagten **Person 1**, **Person 2**, **Person 3**, **Person 4** und **Person 5** stellen jede für sich Propaganda für den Faschismus und Betätigung im faschistischen Sinne gemäss der Kontrollrats Direktive Nr. 38, Abschn. II, Art. III A III dar und sind geeignet, den Frieden des Deutschen Volkes und der Welt zu gefährden. Die von den westlichen Imperialisten und ihren Spionage- und Terrororganisationen durchgeführten Vorbereitungen und ausgegebenen Anweisungen für den Tag X, die zu Provokationen und Gewalttätigkeiten gegen unsere demokratischen Einrichtungen aufforderten, sind faschistische Betätigung und Propaganda und dazu inszeniert, um die friedliebenden Kräfte Deutschlands und der Welt zu bedrohen und auszuschalten. Die Angeklagten haben im einzelnen sich diesen Weisungen unterordnet und sie ausgeführt bzw. die durch die Provokateure und den Rias ausgestreuten Aufforderungen und Losungen ausgeführt und sich zu eigen gemacht. Sie wollten die Durchführung des Tages X im Sinne der Kriegsbrandstifter und gefährdeten damit den Frieden des Deutschen Volkes und der Welt, die Auslösung eines neuen Weltbrandes ist nur durch das besonnene und entschiedene Auftreten der sowjetischen Besatzungsmacht und durch die klare und entschiedene Absage aller unserer fortschrittlichen Menschen verhindert worden.

Die Taten der Angeklagten sind weiterhin, soweit es sich um die öffentliche Zusammenrottung auf den Strassen und um ihre Gewalttätigkeiten, die sie gemeinschaftlich gegen Personen begangen haben, Landfriedensbruch im Sinne des § 125 StGB.

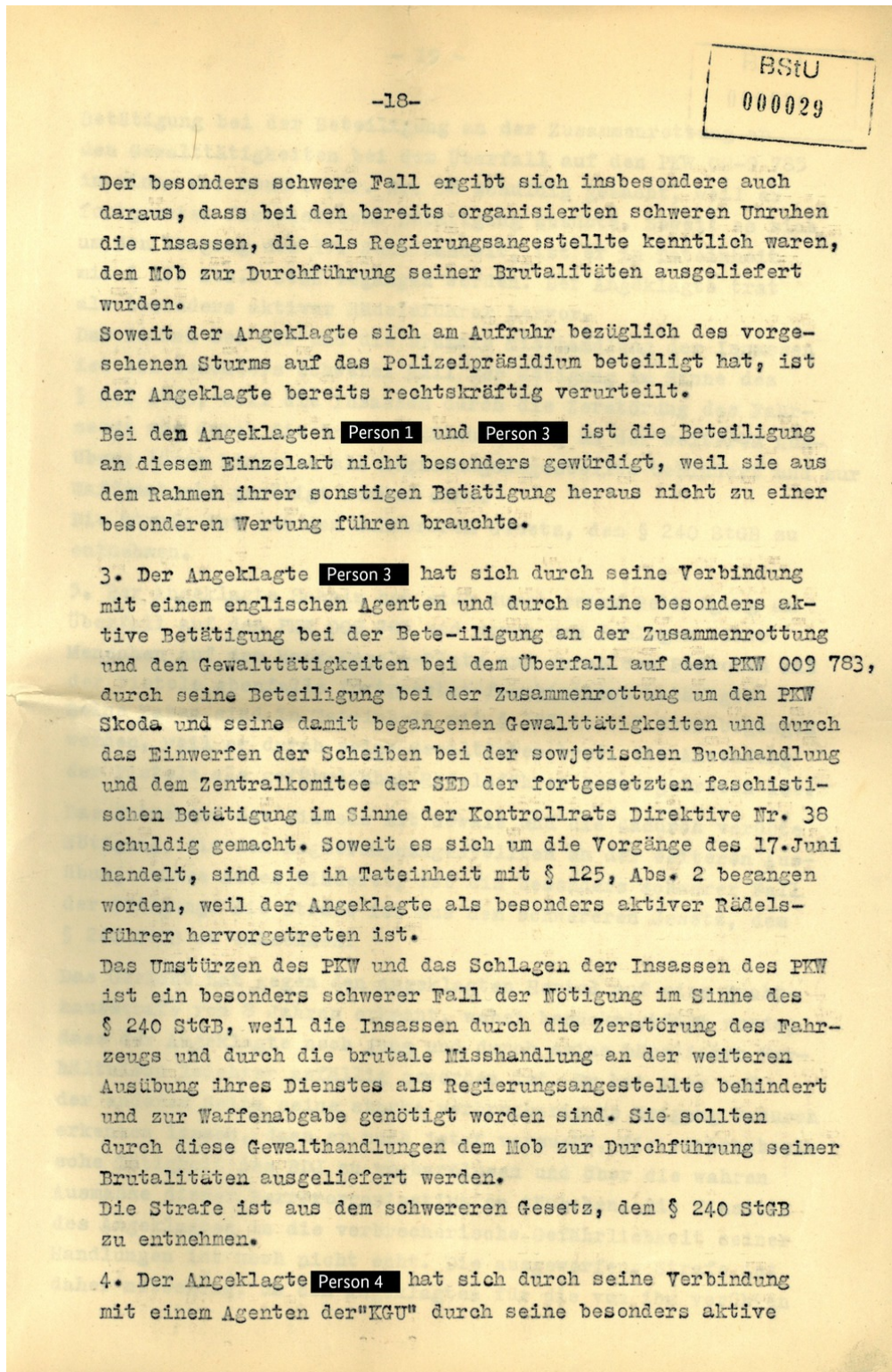
Urteil des Berliner Stadtgerichts



Urteil des Berliner Stadtgerichts



Urteil des Berliner Stadtgerichts



Urteil des Berliner Stadtgerichts

- 19 -

BSIU
000030

Betätigung bei der Beteiligung an der Zusammenrottung an den Gewalttätigkeiten bei dem Überfall auf den PKW 00-9 783 im Sinne der Kontr. Dir. Nr. 38 schuldig gemacht, weil er fortgesetzt faschistische Betätigung ausübte. Soweit es sich um den Vorgang des 17. Juni handelt, ist er in Tateinheit mit § 125 Abs. 2 StGB begangen worden. Der Angeklagte trat als besonders aktiver Rädelsführer hervor.

Das Rammen des PKW und die brutale Misshandlung der Insassen ist ein besonders schwerer Fall der Nötigung im Sinne des § 240 StGB, weil die Insassen durch die Zerstörung des Fahrzeugs und durch die brutale Misshandlung an der weiteren Ausübung ihres Dienstes als Regierungsangestellte behindert und zur Waffenabgabe genötigt worden sind.

Die Strafe ist aus dem schwereren Gesetz, dem § 240 StGB zu entnehmen.

5. Der Angeklagte **Person 5** hat sich durch seine Betätigung am Überfall auf den PKW 009 783 und durch das Schlagen eines Menschen auf dem Marx-Engels-Platz und durch das Bedrohen mit der Pistole ebenfalls fortgesetzt faschistisch betätigt. Seine Taten sind in Tateinheit mit § 125 Abs. 2 StGB begangen worden, weil er durch seine Gewalttaten bzw. die Anwendung der Pistole als gefährlicher Rädelsführer hervorgetreten ist.

Das Entwenden der Pistole mit Gewalt und die dadurch verübte Nötigung, die den Regierungsangestellten an der weiteren Ausübung seines Amtes hinderte, ist ein besonders schwerer Fall der Nötigung. Die Strafe ist aus dem schwereren Gesetz, dem § 240 StGB zu entnehmen.

Das Gericht hat gegen den Angeklagten **Person 1** auf eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren erkannt, wobei berücksichtigt wurde, dass der Angeklagte noch jung und durch seine häuslichen Verhältnisse leichter anfällig geworden ist. Er hat aber auf der anderen Seite seine starke verbrecherische Neigung dadurch erkennen lassen, dass er noch jetzt versucht, die verbrecherische Tätigkeit des BDJ zu verharmlosen und über die wahren Ausmasse dieser Terrororganisation zu täuschen. Die Einsicht des Angeklagten in die verbrecherische Gefährlichkeit seiner Handlungen ist noch nicht echt. Die ausgeworfene Strafe ist daher notwendig, um den Angeklagten für die von ihm verübten

Urteil des Berliner Stadtgerichts

-20-

verbrecherischen Handlungen gerecht zu bestrafen und die Möglichkeit geben, ihn zu erziehen.

Gegen den Angeklagten **Person 2** wurde auf eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren erkannt, die erforderlich ist, obwohl der Tatbeitrag des Angeklagten im Umfang etwas geringer ist, als der des Angeklagten **Person 1**. Der Angeklagte ist aber reifer und verständiger und hatte grössere Einsicht in die von ihm verübten Verbrechen. Er befindet sich gefährlich an der Stufe des Absinkens in die völlige Asozialität, ist aber andererseits von verderblichem und verführerischen Einfluss auf die ihm verbündeten anderen Jugendlichen gewesen. Obwohl bei ihm eine gewisse Einsicht in seine verbrecherischen Handlungen vorliegt, bedarf die Gefährlichkeit seiner Taten einer strengen Strafe.

Der Angeklagte **Person 3** ist asozial und vom verderblichen Einfluss auf die mit ihm verbündeten Jugendlichen gewesen. Sein Vorgehen ist besonders brutal, rücksichtslos und raffiniert. Sein Vorleben und seine Vorstrafen hätten ihm eine Warnung sein müssen. Der Angeklagte hat sich aber im Gegenteil über alle Gesetze hinweggesetzt und nur seine eigenen verbrecherischen und verderblichen Ziele in den Vordergrund gestellt. Der geringere Tatbeitrag erfordert wegen der höheren Gefährlichkeit und wegen seines führenden Auftretens bei den Unruhen eine harte, strenge Bestrafung. Soweit der Angeklagte vorgibt, dass er krank und nicht einsichtsfähig ist, haben die von ihm verübten Taten und sein Verhalten in der Hauptverhandlung das Gegenteil bewiesen.

Gegen den Angeklagten **Person 4** muss eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren ausgesprochen werden, weil es sich um die Auslösung des gemeinsten Verbrechens handelt, bei dem der Angeklagte bedenkenlos die schwersten Folgen in Kauf genommen hat. Der Angeklagte ist bisher nicht vorbelastet. Seine Handlungsweise ist nur dahingehend zu deuten, dass er aufgefordert von einem Agenten, der ihm Unruhen und das Ende der demokratischen Verhältnisse versprochen hat, sich auf die Seite der entschiedenen und entschlossenen Provokateure gestellt hat, die den Sturz der Regierung durchführen wollten. Er hat alles auf dieses Ziel gesetzt und muss entsprechend dem von ihm erstrebten Ziel zur Verantwortung gezogen werden. Die Strafe muss bei ihm ausreichend sein, um eine Umerziehung zu einem gesellschaftlichen Wohlverhalten zu erreichen.

Urteil des Berliner Stadtgerichts

